

Was bedeutet Strukturpolitik für Konjunktur und Wachstum?

Ein wirtschaftspolitischer Versuch

Von

Dietrich Jahn - Berlin

Inhaltsverzeichnis: 1. Einleitung S. 39 — 2. Aufgaben der Wirtschaftspolitik S. 39 — 3. Grenzen „kompensatorischer Finanzpolitik“ S. 40 — 4. Folgen von Strukturwandlungen S. 43 — 5. Vollbeschäftigung und Wachstum durch Inflation? S. 45

1. Einleitung

Konjunkturpolitische Maßnahmen treffen gewöhnlich unterschiedslos alle Wirtschaftszweige; im Falle von Restriktionen oft sehr schmerzhaft. Sind diese Schmerzen mittels behutsamer Strukturpolitik zu lindern? Kann nicht Strukturpolitik die Konjunkturpolitik wirkungsvoll unterstützen? Diese Fragen veranlaßten vorliegende Untersuchung. Ich konnte nicht umhin, die „neuen“ Wirtschaftslehren kritisch zu behandeln. Dabei mußten besonders die Voraussetzungen diskutiert werden, unter denen Staatsinvestitionen mit Hilfe der Notenbank den Anstoß zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit geben können. Zwanglos ergaben sich so auch wachstumspolitische Überlegungen, nicht ohne Seitenblick auf die Probleme der Entwicklungsländer. Zunächst ist jedoch etwas über die wirtschaftspolitischen Ziele zu sagen, die als Leitsterne über dieser Arbeit schweben.

2. Aufgaben der Wirtschaftspolitik

Zwei Aufgaben der Wirtschaftspolitik im modernen Rechtsstaat seien schlagwortartig genannt:

1. Förderung des Wirtschaftswachstums,
2. Gewährung sozialer Sicherheit.

Als Maß des Wirtschaftswachstums soll nicht der Anstieg des Sozialprodukts oder des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung, sondern der Anstieg der durchschnittlichen Produktivität der Arbeits-

stunde verstanden werden¹. Im totalitären Staat mag Maximierung des Sozialprodukts — auch pro Kopf gerechnet — im Interesse der Staatsmacht letztes wirtschaftliches Ziel sein. Im Rechtsstaat muß auch die Wirtschaft die Freiheit jedes einzelnen Menschen befördern helfen. Steigerung der Arbeitsproduktivität aber bedeutet größere Freiheit, weil größere Wahlmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Gütern und zwischen Gütererwerb und Muße.

Aus der Vielfalt des Begriffs „sozialer Sicherheit“ soll eine Bedeutung herausgegriffen werden: Die Sicherheit der von den Menschen einmal gewählt oder angestrebten Erwerbsmöglichkeiten.

Wie weit darf das Bemühen um soziale Sicherheit die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums einschränken? Vorerst die wenig präzise Antwort: Soweit es die Sorge um die Menschen, um die Familien, die im Wirkungsbereich zurückbleibender Wirtschaftszweige leben, erfordert. Der Staat hat die Macht, Anstrengungen um Produktivitätssteigerung in den betroffenen Wirtschaftszweigen zu unterstützen. Er kann freiwerdenden Arbeitskräften die Suche nach neuen Erwerbsmöglichkeiten erleichtern und planvoll die Ansiedlung neuer Industrien fördern. Je mehr sich die Politiker dieser Macht bewußt sind und ihrer Verantwortung gemäß handeln, desto weniger werden Arbeiter, Angestellte, selbstständige Erwerbstätige des Mittelstandes durch Strukturwandlungen der Wirtschaft beunruhigt, desto eher werden sie zum Arbeitsplatzwechsel bereit sein, desto geringer wird die Gefahr sozialer Mißbeligheiten².

Der Gegensatz zwischen den Zielen „Wirtschaftswachstum“ und „sozialer Sicherheit“ schwindet, sobald die Probleme der Entwicklungsländer im Blickfeld liegen. Hier erweist sich die Arbeitsproduktivität als so gering, daß soziale Sicherheit allein durch die Sicherheit vorhandener Erwerbsmöglichkeiten nicht gewährt wird.

3. Grenzen „kompensatorischer Finanzpolitik“

Die Sicherheit vorhandener Erwerbsmöglichkeiten wird nicht nur durch irreversible Wandlungen im Wirtschaftsgefüge, sondern auch

¹ W. Arthur Lewis leitet sein Werk „The Theory of Economic Growth“, London 1955 (deutsche Ausgabe Tübingen, Zürich 1956), mit den Worten ein: „The subject matter of this book is the growth of output per head of population.“ Trotzdem legt auch er die stärkste Betonung auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

² Hier gilt verallgemeinert, was Ludwig Erhard lediglich in Bezug auf die Unternehmensgrößen ausgedrückt hat: „Eine Strukturpolitik, die dauerhaft wirtschaftliche Verhältnisse anstrebt, würde ihre Aufgabe verkennen, wenn sie sich darin erschöpfen wollte, starre Relationen zwischen den Unternehmensgrößen zu schaffen. Vielmehr muß das Hauptaugenmerk auf die Volkswirtschaft als ganzes und ihre Entwicklungstendenzen gerichtet sein...“; Ludwig Erhard, Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik, in: Eine Freundesgabe für Albert Hahn, Frankfurt/Main 1959, S. 19.

durch umkehrbare rückläufige Tendenzen der Gesamtwirtschaft bedroht. Über welche Mittel verfügt der Staat, um diesen Tendenzen erfolgreich entgegen zu wirken?

In den USA machte sich in den Jahren 1957/58 eine Depression, die dritte Nachkriegs-Rezession, bemerkbar, die nicht nur durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, sondern auch deutlich von inflationistischen Tendenzen begleitet war³. Dies sollte die Epigonen J. M. Keynes' überraschen, die mit großem Fleiß die makroökonomischen Modelle ihres Heros verfeinerten, sich aber scheuten, die den Verhaltensgleichungen zugrunde liegenden Annahmen über Konsum- und Investitionsentscheidungen schärfer unter die Lupe zu nehmen, als der Exaktheit der Formeln bekömmlich⁴ war.

Albert Hahn, der die von der „neuen“ Wirtschaftslehre empfohlene und in den USA angewandte Konjunkturpolitik für die deflationslose Depression als verantwortlich bezeichnete⁵, kannte eine solche Scheu vor der Wirklichkeit nicht. Er wie auch W. A. Jöhr legte das Hauptgewicht auf die psychologische Betrachtung der Konjunkturerscheinungen. Beide wiesen dabei auf Pigou zurück⁶. So öffnet sich der Blick für die Tatsache, daß etwa weltpolitische Aspekte die Rolle der wirksamen Nachfrage (nach Konsumgütern) überspielen können, wie letztere die Rolle des Zinssatzes. Daß eine positive Entwicklung der wirksamen Nachfrage in schwächerem Maße die Investitionsentscheidungen beeinflussen kann als eine massenpsychologische Infektion mit Pessimismus, sollte einleuchten.

Aber noch eine andere Erklärung der deflationslosen Depression ist in Augenschein zu nehmen. Sollte an ihr das Vorherrschen monopoloider Gebilde (auf Seiten beider Sozialpartner) schuld sein, für die Preisnachlässe bei zurückgehendem Absatz inopportun sind, oder

³ Das Joint Economic Committee des amerikanischen Kongresses leitete seinen „Staff Report on Employment, Growth, and Price Levels“, Washington 1959, mit der Feststellung ein: „The tempo of the American economy slowed in the last 6 years. Simultaneously, prices rose... Yet, if American economy performs no better in the coming decade, we shall not have an easy time of it. We shall have to accept lower standards of living, or else give up the full attainment of essential national objectives. Similarly, we shall have to continue to accept less than full employment, and, at the same time, continue to live with the injustices of inflation.“

⁴ W. A. Jöhr macht auf Äußerungen Hick's und Schumpeters aufmerksam, aus denen derartige Befürchtungen sprechen; W. A. Jöhr, Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Tübingen/Zürich 1952, 2. Bd. Die Konjunkturschwankungen, S. 628 f.

⁵ A. Hahn, Zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, Frankfurt/Main 1958; enthalten auch in Hahns Buch „Geld und Kredit“, Frankfurt/Main 1960, S. 159. Siehe ebenda S. 148, Konjunkturtheoretische Betrachtungen zur amerikanischen Konjunkturlage.

⁶ A. C. Pigou, Industrial Fluctuations, 2. ed. London 1929; A. Hahn, Wirtschaftswissenschaft des gesunden Menschenverstandes, Frankfurt/Main 1954, S. 156; W. A. Jöhr, a.a.O., S. 420 ff.

deren Manager Preisnachlässe für inopportun halten? Schließlich erleichtert die staatliche Konjunkturpolitik Preiserhöhungen!

Daß deflatorische Maßnahmen des Staates in der Depression verheerend wirken, darüber herrscht Einigkeit. Einigkeit sollte sich auch darüber erzielen lassen, unter welchen Bedingungen „deficit spending“ eine Depression ohne inflationäre Nebenwirkungen zu überwinden vermag. Solche Bedingungen wurden bereits angedeutet. Zu allererst müßte — nach „neuer“ Wirtschaftslehre — das geplante Sparen der Haushalte tatsächlich größer sein als das geplante Investieren der Unternehmen. Weiter müßte die gesamte Regierungspolitik Optimismus rechtfertigen. Sonst könnten Staatsinvestitionen aus beschäftigungspolitischen Gründen zur Dauereinrichtung werden⁷. Und endlich müßte die öffentliche Meinung ihre Macht der moralischen Überredung gegenüber Unternehmen wie Gewerkschaften geltend machen, die staatliche Konjunkturpolitik nicht in egoistischem Zusammenspiel auszunutzen; nicht mit Preis- anstelle von Produktionserhöhungen vorlieb zu nehmen, um dann bei weiteren Absatzrückgängen womöglich nach noch mehr Staatsaktivität zu rufen. A. Hahn äußerte sich über die Durchschlagskraft der „moral suasion“ pessimistisch⁸, wogegen Alfred Amonn Bedenken anmeldete⁹.

Übrigens ist die Idee einer „Initialzündung“ durch kurzfristige autonome Investitionen auf Grund einer Multiplikatorwirkung unzulänglich jedenfalls, solange man die Keynesschen Einkommensgleichungen heranzieht. Wie Michael Kröll¹⁰ mit Hilfe eines simplen Beispiels (a.a.O., S. 313) gezeigt hat, kann die für eine einmalige autonome Investition erfolgte Geldausgabe keine andere Wirkung haben als ein Entleeren der Haushaltssparstrümpfe für Konsumzwecke im selben Ausmaß oder als ein entsprechendes Unterlassen von Sparvorhaben; was mit entsprechendem Einkommenskonsum identisch ist. Letzterem aber schreibt niemand multiplikative Wirkungen zu¹¹. Der den in den ersten Semestern stehenden Studenten der Wirtschaftswissenschaften oft geheimnisumwittert erscheinende Begriff des Kahn-Keynes-Multiplikators besagt ja nichts weiter, als daß, wenn im Gleichgewicht das geplante Sparen denselben Umfang wie das geplante

⁷ Eindringlich warnte davor W. Röpke, *Civitas Humana*, Erlenbach-Zürich 1946, S. 355 ff.

⁸ A. Hahn, *Zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit*.

⁹ A. Amonn, *Zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit*, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIV 1959, H. 3, S. 318.

¹⁰ M. Kröll, *Zur Klärung der Beschäftigungstheorie*, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 91. Jg. 1955, S. 300 ff.

¹¹ Kröll folgert: „Wenn sich in der Praxis Erscheinungen zeigen, die die Multiplikatortheorie zu bestätigen scheinen, so sind dies nur psychologische Resonanzwirkungen; Furcht, Hoffnung, Optimismus und Pessimismus stecken an, man kann vielleicht von einem Stimmungsmultiplikator sprechen.“

Investieren besitzt und das Investieren — wie das Sparen — einen bestimmten Bruchteil des Einkommens bildet, das Einkommen seinerseits ein entsprechendes Vielfaches des Investierens — wie des Sparens — sein muß¹².

4. Folgen von Strukturwandlungen

Wodurch wird das Umschlagen der Hochkonjunktur in die Depression verursacht? Der Ausgangspunkt der Suche nach einer Antwort auf diese Frage soll das Theorem von Say sein. Ich schließe mich dabei nicht Keynes an, sondern Dupriez¹³, der auch die möglichen Differenzen in der qualitativen Zusammensetzung von Nachfrage und Angebot unter die Sachverhalte zählt, die die jeweilige Wirtschaftslage bestimmen, und nicht nur das quantitative Verhältnis der Aggregate Gesamtnachfrage und Gesamtangebot. J. B. Say selbst glaubte, soweit der Wettbewerb nicht behindert würde, Sorge er für die qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage¹⁴. Übersteigt die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze die der Arbeitslosen — etwa so, wie in der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1960 —, dann mögen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die aus unrentabel werdenden Erwerbszweigen freiwerdenden Kräfte gering sein. Oft jedoch entsteht die Notwendigkeit, Familien aus ihrem bisherigen Lebensbereich herauszulösen. Ja, das gesellschaftliche Leben ganzer Gemeinden mag vorübergehend in erhebliche Unordnung geraten. Unter solchen Umständen wird der Politiker genötigt, mit behutsam ordnender Hand einzugreifen, wenn nicht um der Menschen willen, so um Gefahren für die Stabilität von Gesellschaft oder Staat abzuwenden.

Hauptsächlich interessiert uns an dieser Stelle jedoch, ob Strukturveränderungen einer vollbeschäftigten Wirtschaft Depressionen auslösen können. In der Hochkonjunktur — stelle man sich vor — geht allmählich der Umfang der Erweiterungsinvestitionen zurück. Arbeitskräfte, die benötigt wurden, um die Erweiterungsinvestitionen hervorzubringen, wandern ebenso allmählich in die neu entstandenen und noch entstehenden Produktionsstätten ab. Dort werden auch schon Menschen beschäftigt, die aus Produktionszweigen kamen, deren Erzeugnisse der Konkurrenz neuer Produkte weichen. Mächtiger wird sich diese Konkurrenz auswirken, wenn den Unternehmen die durch

¹² Vergleiche G. Haberler, Mr. Keynes' Theory of the „Multiplier“, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. VII 1936, S. 299.

¹³ L. Dupriez, Des mouvements économiques généraux, Louvain 1947. Darüber: H. Böhi, Ein neues Werk über den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 85. Jg. 1949, S. 130.

¹⁴ J. B. Say, Traité d'économie politique; Cours complet d'économie politique pratique; deutsche Ausgabe von C. E. Morstadt, Heidelberg 1830. Siehe etwa I. Bd., S. 194 ff., S. 203, S. 522 ff.

Erweiterungsinvestitionen geschaffenen Kapazitäten bei stagnierendem Außenwirtschaftsvolumen schließlich als ausreichend erscheinen. Arbeitskräfte wie Produkte aus zurückbleibenden Industrien, die beim Aufbau eben dieser Kapazitäten noch willkommen waren, sind weniger gefragt. Die Arbeitslosenziffer erhöht sich geringfügig. Die beschäftigten Arbeiter und Angestellten aber werden unsicher. Sie kaufen weniger „auf Raten“. Die fraglichen Konsumgüterindustrien disponieren vorsichtiger. Die Unsicherheit verstärkt sich.

Es mag eingewendet werden, es sei theoretisch überflüssig, auf Strukturwandlungen einzugehen, um die Wende der Hochkonjunktur in die Depression zu erklären. Es genüge, durch Erweiterungsinvestitionen entstandene Überkapazitäten anzunehmen ohne Rücksicht darauf, wo im Wirtschaftsgefüge sie auftauchten. Nebenbei sei Überinvestition fast gleichbedeutend mit Unterkonsumtion. Und ganz klar werde die Sache, wenn man nicht „reale“, sondern „monetäre“ Überinvestition, bzw. Unterkonsumtion betrachte; also lediglich feststelle, daß das geplante Sparen das geplante Investieren übertreffe.

Ich fürchte, eine solche Theorie verleitet geradezu zu konjunkturpolitischen Ratschlägen, deren leichtfertige Befolgung eher Inflation verursacht als Stabilisierung der Vollbeschäftigung.

Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, die Wirtschaftswirklichkeit habe jemals genau den dargelegten Konjunkturablauf gezeigt. Auf eine zwischen den Zeilen gemachte Voraussetzung sei nachträglich hingewiesen. Die Kontraktion nach dem Boom war mit der vorhergehenden Expansion gedanklich verbunden, weil während des Aufschwungs noch aus einem unterstellten Arbeitslosenreservoir geschöpft wurde, so daß später die aus den in ihren Marktpositionen geschwächten Unternehmen kommenden Kräfte nicht alle mehr woanders unterkamen. Einen Grund für die angedeutete Depression stellt also die vorhergehende Depression dar. Deduktiv, wenn auch gewissermaßen ferngesteuert durch die Wirklichkeit mit der Radarhilfe zahlreicher Konjunkturberichte, ergab sich dennoch klar die mögliche konjunkturelle Bedeutung von Strukturveränderungen.

Man käme selbstverständlich noch leichter zu diesem Ergebnis, wenn man in den von Zwiedineck-Südenhorst¹⁵ und im Anschluß an ihn von Thalheim¹⁶ definierten Begriff der Wirtschaftsstruktur das Element der Erwartungen der Wirtschaftssubjekte einfügte.

Welche strukturpolitischen Mittel in der konkreten Situation empfehlenswert sind, ist schwer zu sagen. Noch schwerer aber dürfte es

¹⁵ O. v. *Zwiedineck-Südenhorst*, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit, Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jg. 1927, Ergänzungsheft I, S. 15 ff.

¹⁶ K. C. *Thalheim*, Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 99 1939, S. 470 ff.

für den Wirtschaftspolitiker sein, das für richtig Erkannte gegenüber der Macht der verschiedenen Interessentengruppen durchzusetzen.

5. Vollbeschäftigung und Wachstum durch Inflation?

Drei Rezepte versprechen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit:

Die wirksame Nachfrage nach Konsumgütern muß erhöht werden, sagt das eine. Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten muß verkürzt werden, hört man aus Gewerkschaftskreisen. Das letzte Rezept empfiehlt, für die Unternehmer vorteilhafte Bedingungen zu schaffen, die das „Durchsetzen neuer Kombinationen“ erlauben; das wahllose Angebot billigen Geldes genüge nicht.

Dem Versprechen des ersten Rezepts zu vertrauen, erscheint mir frevelhaft. Zu groß sind die damit verbundenen inflationären Gefahren. Von der Inflation behauptet A. Hahn¹⁷, „sie ist ein Verbrechen, schon deshalb, weil sie die Einkommens- und Vermögensverteilung in ungesetzlicher und sehr ungerechter Weise verändert ...“. Ich stimme ihm zu.

Arbeitszeitverkürzung, die ohne Lohnausgleich wohl kaum erfolgt, führt ebenfalls durch vergrößerte kaufkräftige Nachfrage zur Inflation. Der Abbau vorheriger ungeplanter Lagerinvestitionen kann schwerlich als bedeutsam erachtet werden — vor allem nicht dann, wenn man, von einem Unterbeschäftigungsgleichgewicht von Sparen und Investieren auszugehen geneigt ist¹⁸.

Das dritte Rezept ist Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung entnommen. Es ist das beste, finde ich. Das soll nicht heißen, daß ich mir Schumpeters Konjunkturtheorie zu eigen mache, was eine oberflächliche Betrachtung des im vorigen Kapitel beschriebenen Konjunkturspiels allerdings vermuten lassen könnte. In einem stetigen allgemeinpolitischen Klima werden die Unternehmer — im Sinne Schumpeters — nicht nur diskontinuierlich, scharenweise auftreten. Die Industriestaaten Westeuropas und Nordamerikas bergen, glaube ich, immer (noch?) genügend potentielle unternehmerische Energien. Der Staat kann durch befristete Subventionen — gleich ob in Form von Zuschüssen, Steuerbegünstigungen, Bürgschaften, Krediterleichterungen —, vor allem aber durch eine gute allgemeine Politik zur Aktivierung dieser Energien beitragen. Auch in der Hochkonjunktur, in der umfassende restriktive Maßnahmen erforderlich sind, um inflationären Ansätzen zu begegnen, mag es vonnöten sein, den in zurückbleibenden Wirtschaftszweigen tätigen Menschen zu helfen, in produk-

¹⁷ A. Hahn, *Wirtschaftswissenschaft des gesunden Menschenverstandes*, Frankfurt/Main 1954, S. 253.

¹⁸ Auf die theoretischen Probleme der kollektiven Arbeitszeitverkürzung in der vollbeschäftigten Wirtschaft kann in diesem Aufsatz nicht eingegangen werden.

tiven Kombinationen neue Erwerbsquellen zu finden. Dabei muß — ich wiederhole einen bereits angeführten Satz Ludwig Erhards — „das Hauptaugenmerk auf die Volkswirtschaft als ganzes und ihre Entwicklungstendenzen gerichtet sein“. Eine zusammenhanglose interventionistische Wirtschaftspolitik wäre nicht weniger verfehlt als eine pauschale Vollbeschäftigungspolitik mit Hilfe der Notenpresse.

Als die Wirtschaft Westeuropas nach 1945 wieder aufgebaut wurde, standen Unternehmer bereit, die wußten, wie die Kredite aus Amerika am vorteilhaftesten zu nutzen waren. Man wußte, wo sich Geschäftsverbindungen neu knüpfen ließen. Das Gewebe der über weite Gebiete dicht verflochtenen Wirtschaftsgebilde war vielfach zerrissen; aber fast jeder hatte eine Vorstellung davon, wie er dazu beitragen konnte, es — aus Eigennutz — zu erneuern, zu modernisieren, wenn man ihn nur ließe. Die Form der wirtschaftlichen Integration in den Entwicklungsländern zu bestimmen, bleibt dagegen im wesentlichen den Regierungen überlassen. Unmöglich dürfte es sein, die Entwicklung annähernd so perfekt zu planen, wie es die USA im Hitlerkrieg mit der Kriegswirtschaft ihres Landes vermochten. Trotzdem lassen sich wahrscheinlich grobe Disproportionalitäten im zeitlichen Neben- und Nacheinander der Investitionen vermeiden. Vermeiden sollte man es auf jeden Fall, Illusionen über die Ungefährlichkeit inflatorischer Finanzierung bestimmter Entwicklungsvorhaben zu erliegen. W. A. Lewis zieht den Schluß¹⁹: „To the moral that if inflation is to be used for capital formation it should be used only intermittently²⁰ and in small doses, we may add the moral that it should be used only for investments which can be completed quickly and which are then very productive.“ Er schreibt (1954), die Menschen gerieten nicht in Panik, wenn die Preise für zwei oder drei Jahre um 5 % jährlich stiegen, weil sie glaubten, daß die Preise bald wieder fallen²¹, und meint, daß Bauern und Unternehmer — als Inflationsgewinnler — bessere Sparer als andere Gesellschaftsklassen seien und „so an inflation almost certainly increases savings“²². Ich halte es für eine Illusion, anzunehmen, daß Unternehmer und Bauern die Politik des „three steps up and one step down“ nicht bald durchschauen. Nichts scheint mir besser geeignet, auch Ansätze zum freiwilligen Sparen im Keim zu ersticken, als eben diese Politik. Nicht weniger unrealistisch wirkt die Hoffnung, daß die durch inflationäre Einkommensumverteilung Geschädigten — soweit sie nicht wehrlos sind — ihrerseits mit Preis-(Lohn-) Forderungen Zurückhaltung üben, solange wenigstens, bis die betref-

¹⁹ W. A. Lewis, *The Theory of Economic Growth*, London 1955, S. 225.

²⁰ „three steps up and one step down“, a.a.O., S. 224.

²¹ a.a.O., S. 224.

²² a.a.O., S. 222.

fenden Investitionen ihren Ertrag auf den Markt bringen²³. Die angeführten relativ billigen und schnell ertragreichen Investitionen dürften übrigens auch ohne unüberwindliche Schwierigkeiten mit Hilfe des Steueraufkommens finanziert werden können. Ganz deutlich wird immerhin schließlich in diesem Zusammenhang eines: Auch Wachstumsprobleme lassen sich nicht durch einfache Manipulation der Massenkaufkraft lösen.

²³ Siehe dazu A. Hahn, *Merkantilismus und Keynesianismus*, in „Geld und Kredit“, Frankfurt/Main 1960, S. 78 ff.